

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 04 | 24.01.2025

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Dr. Max Hofmann | Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

Keine relevanten Rechtsakte im Berichtszeitraum.

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 2025/40 v 22.01.2025](#)

Verordnung (EU) 2025/40 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2024 über **Verpackungen** und **Verpackungsabfälle**, zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/1020 und der Richtlinie (EU) 2019/904 sowie zur Aufhebung der Richtlinie 94/62/EG

[ABI L 2025/41 v 22.01.2025](#)

Verordnung (EU) 2025/41 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2024 über **Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrmaßnahmen für Feuerwaffen, wesentliche Komponenten und Munition**, zur **Umsetzung des Artikels 10** des **Protokolls der Vereinten Nationen** gegen die **unerlaubte Herstellung** von **Feuerwaffen**, deren **Teilen, Komponenten** und **Munition** sowie gegen den **unerlaubten Handel** damit in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (VN-Feuerwaffenprotokoll)

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

19.11.2024, [Ra 2024/08/0034](#)

ASVG; sozialversicherungsrechtliche Einordnung von **Bergwanderführern**; Begriff „**wesentliche eigene Betriebsmittel**“ iSd § 4 Abs 4 ASVG; für die „Wesentlichkeit“ kommt es nicht darauf an, ob die Betragsgrenze durch ein Wirtschaftsgut alleine oder durch Zusammenrechnung mehrerer Güter überschritten wird; es ist jedoch notwendig, dass die Wirtschaftsgüter überhaupt steuerlich veranlagt werden; nur bei solchen Sachmitteln, die ihrer Art nach von vornherein für die betriebliche Tätigkeit bestimmt sind, ist die steuerliche Geltendmachung nicht entscheidend; wird mit den eigenen Betriebsmitteln des Dienstnehmers die **Geringwertigkeitsgrenze** überschritten, so ist in einem weiteren Schritt noch zu prüfen, ob darüber hinaus auch vom Dienstgeber Betriebsmittel für die konkrete Tätigkeit zur Verfügung gestellt wurden und diesen – in einer Gesamtbetrachtung – eine so überragende Bedeutung zukommt, dass die eigenen Betriebsmittel des Dienstnehmers ganz in den Hintergrund treten

19.11.2024, [Ra 2024/08/0103](#)

ArbeitslosenversicherungsG; geringfügige Beschäftigungen während der **Arbeitslosigkeit**; § 12 AIVG hat durch das Erkenntnis des VfGH und die dadurch bewirkte Einbeziehung von geringfügig Beschäftigten in die Arbeitslosenversicherung keine Änderung erfahren; eine **geringfügige Beschäftigung** steht einer Einordnung als arbeitslos somit weiterhin nicht entgegen; die Bezugsberechtigung besteht, sobald (zumindest) eine anwartschaftsbegründende Erwerbstätigkeit beendet wird und mit dem/den allenfalls verbleibenden oder/und neu hinzukommenden Entgeltanspruch/Entgeltansprüchen insgesamt nicht (mehr) die Geringfügigkeitsgrenze überschritten wird

04.12.2024, [Ra 2021/06/0002](#)

Tir BauO; **Tir ROG**; Versagung einer Baubewilligung; ein **Bauplatz** darf gem § 2 Abs 12 Tir BauO lediglich aus einem Grundstück bestehen; es ist daher unzulässig, eine Baubewilligung in Bezug auf **grundstücksüberschreitende Bauprojekte** zu erteilen, es sei denn, es sind die Voraussetzungen des § 4 Abs 3 leg cit für die Errichtung baulicher Anlagen über die Grenzen des Bauplatzes hinweg erfüllt; das in § 2 Abs 12 leg cit festgelegte Erfordernis der einheitlichen Widmung ist auch auf unterirdische bauliche Anlagen anzuwenden; gegenständliche Änderung des Verwendungszwecks der Stollenanlage ist auf seine Übereinstimmung mit der maßgeblichen Flächenwidmung zu prüfen

04.12.2024, [Ra 2023/06/0011](#)

Ktn BauO; **Ktn ROG**; Versagung der Baubewilligung; im Anwendungsbereich des § 30 Abs 4 Ktn ROG 2021 ist der Begriff „**Gebäude**“ iSd der Rsp des VfGH zur Ktn BauO 1996 entwickelten Definition zu verstehen; Definition des **Hoteldorfes** setzt einen Gesamtplan sowie das Vorhandensein von Verpflegungseinheiten, Aufenthaltsräumen, Rezeption usw voraus; es ist mit den Erwartungen des täglichen Lebens durchaus vereinbar, dass die Wohngebäude mit den zentralen Infrastruktureinrichtungen verbunden sind, um diese witterungsunabhängig bequem erreichen zu können; eine solche Verbindung kann nicht verhindern, dass die Gebäude als **eigenständig** iSd § 30 Abs 4 Ktn ROG beurteilt werden und der Tatbestand des Hoteldorfes erfüllt ist

04.12.2024, [Ra 2024/06/0103](#)

Tir BauO; **Tir ROG**; Untersagung der Ausführung eines angezeigten Bauvorhabens; eine festgelegte **Baumassendichte** stellt nach dem eindeutigen Wortlaut des § 61 Abs 2 iVm Abs 3 erster Satz Tir ROG nur auf **Gebäude** iSd § 2 Abs 2 Tir BauO ab; Definition der **Bebauungsdichte** in § 61 Abs 4 Tir ROG, wobei untergeordnete Bauteile sowie Zufahrten und Zugänge im Ausmaß von höchstens 15 vH der Fläche des Bauplatzes außer Betracht bleiben und unterirdische Gebäude oder Teile von Gebäuden nur unter bestimmten Voraussetzungen einzurechnen sind; bebaute Flächen, die nicht unter diese Ausnahme fallen, sind somit bei der **Berechnung** der Bebauungsdichte zu berücksichtigen, unabhängig davon, ob es sich dabei um Gebäude handelt oder nicht

05.12.2024, [Ra 2023/01/0008](#)

PersonenstandsG; Antrag gem § 41 PersonenstandsG auf Änderung in Form einer **Streichung** des **Geschlechtseintrags** („männlich“) aus dem Zentralen Personenstandsregister (ZPR); nach dem PersonenstandsG besteht eine (verfassungsrechtlich grundsätzlich unbedenkliche) Verpflichtung zum Eintrag des Geschlechts im ZPR (sowie auf der Geburtsurkunde); Ausführungen des VfGH zu den Erfordernissen eines von den Kategorien „männlich“ und „weiblich“ abweichenden Geschlechtseintrags

beziehen sich lediglich auf intersexuelle Personen; für die Eintragung des Geschlechts kommt es grundsätzlich auf das biologische, körperliche Geschlecht an; (ersatzlose) Streichung des Geschlechtseintrags aus dem ZPR ist **unzulässig**

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 09.01.2025, [L521 2301879-1](#)

ORF-G; ORF-Beitrags-G; § 31 Abs 19 ORF-G stellt eine hinreichende rechtliche Grundlage für die **Festsetzung und Einhebung** des ORF-Beitrags bis zu einer Obergrenze von EUR 15,30 pro Monat in der Übergangsphase dar, ohne zuvor die nach § 31 Abs 1 bis 6, 8 und 9 leg cit vorgesehenen Verfahren zu durchlaufen; keine wesentliche Änderung einer bestehenden und mit Art 107 AEUV vereinbarten staatlichen Beihilfe (nämlich des Programmtegelts)

LVwG Oö 29.10.2024, [LVwG-553015](#)

AVG; die Ausnahme der **Gegenpartei** von der **Anwendbarkeit des § 42 Abs 1 AVG** wird von *Hengstschläger/Leeb* widerlegt: die Annahme einer Sonderstellung widerspricht sowohl dem unzweideutigen Wortlaut der Bestimmung als auch dem telos der Norm; § 42 Abs 1 leg cit sieht für Gegenparteien keine anderen Rechtswirkungen vor; sie behandelt alle Parteien, die freiwillig durch Verschweigen ausscheiden, gleich

LVwG Salzburg 30.07.2024, [405-2/385/1/24-2024](#)

Luftqualitäts-RL; Antrag auf Errichtung richtlinienkonformer **Probenahmestellen** zur Kontrolle der Einhaltung der nach der Luftqualitäts-RL vorgeschriebenen Grenzwerte bzw Alarmschwellen; **Prüfungsumfang** richtet sich trotz gegenteiligem Antrag nicht nur auf einen „Ballungsraum“, sondern mangels Vorliegen eines solchen auf das gesamte Bundesland als Gebiet iSd Luftqualitäts-RL ohne Ballungsraum; im Bundesland Salzburg wird die gem Luftqualitäts-RL zwingend erforderliche Anzahl an Probenahmestellen eingehalten bzw vielmehr überschritten

LVwG Tirol 20.11.2024, [VGW-101/092/9519/2024](#)

WasserrechtsG; die in § 17 Abs 2 WasserrechtsG angesprochenen **zeitlichen Beschränkungen und Bedingungen** berechtigen nicht zur Vorschreibung einer Projektänderung eines der vom Widerstreit betroffenen Vorhaben, die zu einer wesentlich geringeren Energieausbeute des Vorhabens führen würde; nicht jede Ableitung von Wasser ins Ausland führt zur Versagung der Bewilligung, sondern nur eine solche, die sich für den inländischen Wasserhaushalt als **nachteilig** erweist

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[21.01.2025, Rs C-188/23, Conti 11 Container Schifffahrt II](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Umwelt – Verbringung von Abfällen – Richtlinie 2006/12/EWG – Richtlinie 2008/98/EG – Begriff ‚Abfälle‘** – Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von gefährlichen Abfällen und ihrer Entsorgung – Art 1 Abs 4 – **Verordnung (EG) Nr 1013/2006** – Abfälle, die dem Verfahren der vorherigen schriftlichen Notifizierung und Zustimmung unterliegen – Verbringung von Abfällen innerhalb der Europäischen Union – Art 1 Abs 3 Buchst b – Gültigkeit – Auslegung im Einklang mit dem Basler Übereinkommen – Abfälle, die an Bord eines Schiffes infolge seiner Havarie auf hoher See anfallen – Begriff ‚Abladen von Abfällen‘ – Teilweises Abladen von Abfällen in einem sicheren Hafen

[23.01.2025, Rs C-677/23, Slovenská sporiteľňa \(Informations dans les contrats de crédit aux consommateurs\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz – Verbraucherkreditverträge – Richtlinie 2008/48/EG – Anforderungen an die zwingenden Angaben** in einem solchen **Kreditvertrag** – Informationspflicht – Laufzeit des Vertrags – Effektiver Jahreszins – Annahmen für die Berechnung des effektiven Jahreszinses

[23.01.2025, Rs C-490/23 P, Neos/ Ryanair und Kommission](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfe** – Beihilferegelung – **Maßnahmen zur Unterstützung** von **Luffahrtunternehmen** mit einer **nationalen Betriebsgenehmigung** im Zusammenhang mit der **Covid-19-Pandemie** – Beschluss der Europäischen Kommission, keine Einwände zu erheben – Begründungspflicht

[23.01.2025, Rs C-421/23, ONSS \(Faux certificats A 1\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Wanderarbeitnehmer** – **Soziale Sicherheit** – Anzuwendende Rechtsvorschriften – **Entsandte Arbeitnehmer** – Wie A 1-Bescheinigungen aussehende Dokumente, die vermeintlich vom hierfür zuständigen Träger ausgestellt wurden – **Verordnung (EG) Nr 883/2004** – Art 76 Abs 6 – **Verpflichtung** der **Behörden** des **Aufnahmemitgliedstaats**, für die **Feststellung** von **Betrugsfällen** ein **Dialog- und Vermittlungsverfahren** einzuleiten

[23.01.2025, Rs C-766/21 P, Parlament/ Axa Assurances Luxembourg ua](#)

Rechtsmittel – **Art 56 der Satzung** des **Gerichtshofs** der **Europäischen Union** – **Mehrere Beklagte** im Verfahren im ersten Rechtszug – Urteil, das gegenüber einem dieser Beklagten im Versäumniswege ergangen ist und gegen das beim Gericht der Europäischen Union Einspruch eingelegt wurde – **Art 41 der Satzung** des **Gerichtshofs** der **Europäischen Union** – **Zulässigkeit** der **Rechtsmittelbeantwortung** durch die Partei, die im ersten Rechtszug im Versäumniswege verurteilt wurde – Art 272 AEUV – Vom Europäischen Parlament geschlossener Versicherungsvertrag – Klausel zum Ausschluss von Schäden, die unmittelbar oder mittelbar auf eine Überschwemmung zurückzuführen sind

[23.01.2025, Rs C-93/23 P, EUIPO/ Neoperl](#)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – **Verordnung (EG) Nr 207/2009** – Art 4 – **Markenformen** – Anmeldung einer Positions-Tastmarke, die ein zylindrisches sanitäres Einsatzteil darstellt – Art 7 – **Absolute Eintragungshindernisse** – **Pflicht** zur **vorherigen Prüfung** des **Eintragungshindernisses** nach Art 7 Abs 1 Buchst a der Verordnung Nr 207/2009 – Fehlen – **Verordnung (EU) 2017/1001** – Art 72 Abs 3 – Befugnis des Gerichts zur Abänderung der Entscheidung der Beschwerdekammer – Grenzen

[23.01.2025, Rs C-187/23, Albausy](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 267 AEUV – Begriff ‚Gericht‘ – **Justizielle Zusammenarbeit** in **Zivilsachen** – **Europäisches Nachlasszeugnis** – **Verordnung (EU) Nr 650/2012** – Art 67 Abs 1 – Entscheidungen der Ausstellungsbehörde – **Keine Ausübung** einer **gerichtlichen Funktion** – Unzulässigkeit

[23.01.2025, Rs C-518/23, NEW Niederrhein Energie und Wasser](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – **Unlautere Geschäftspraktiken** – **Richtlinie 2005/29/EG** – Art 7 – **Irreführende Unterlassungen** – Aufforderung zum Kauf – Wesentliche Informationen – Informationen, die dem Verbraucher über die Art der Preisberechnung zur Verfügung gestellt werden müssen – Online-Angebot zur Lieferung von Strom – Tarifrechner – Angabe eines Prozentsatzes für den Aufschlag auf den Verbraucherpreis

B. SCHLUSSANTRÄGE

[23.01.2025, Rs C-782/23, Tauritus \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Zollunion** – **Verordnung (EU) Nr 952/2013** – Zollkodex der Union – **Gemeinsamer Zolltarif** – **Zollwert** – **Transaktionswert** – **Ermittlung** – Waren, die auf der Grundlage eines Vertrags eingeführt werden, in dem der vorläufige Kaufpreis angegeben ist – Endpreis, der am Tag der Annahme der Zollanmeldung nicht bekannt war

[23.01.2025, Rs C-717/23, Bundesminister für Gesundheit \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Richtlinie 2014/40/EU** – **Inverkehrbringen** von **Tabakerzeugnissen**, deren **Verpackung verbotene Elemente aufweist** – Begriff des Inverkehrbringens – Abgabe von Tabakerzeugnissen durch einen Großhändler an eine Verkaufsstelle – **Verhängung** einer **Geldstrafe** gegen den Großhändler

C. GERICHT

[22.01.2025, Rs T-127/23, eClear/ Kommission](#)

Zugang zu Dokumenten – **Verordnung (EG) Nr 1049/2001** – **Entscheidungen** über **verbindliche Zolltarifauskünfte** – **Verweigerung** des **Zugangs** – Begriff ‚Dokument‘ – Wesentliche Investition – Ausnahme zum Schutz personenbezogener Daten – Ausnahme zum Schutz der geschäftlichen Interessen eines Dritten

[22.01.2025, Rs T-407/22, Norddeutsche Landesbank – Girozentrale/ SRB \(Contributions ex ante 2022\)](#)

Wirtschafts- und Währungsunion – Bankenunion – **Einheitlicher Mechanismus** für die **Abwicklung** von **Kreditinstituten** und **bestimmten Wertpapierfirmen (SRM)** – **Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF)** – Beschluss des SRB über die Berechnung der für 2022 im Voraus erhobenen Beiträge – Begründungspflicht – **Gleichbehandlung** – **Verhältnismäßigkeit** – Ermessen des SRB – Offensichtlicher Beurteilungsfehler – Einrede der Rechtswidrigkeit – Ermessen der Kommission

[22.01.2025, Rs T-405/22, UniCredit Bank/ SRB \(Contributions ex ante 2022\)](#)

Wirtschafts- und Währungsunion – Bankenunion – **Einheitlicher Abwicklungsmechanismus** für **Kreditinstitute** und **bestimmte Wertpapierfirmen (SRM)** – **Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF)** – Beschluss des SRB über die Berechnung der für 2022 im Voraus erhobenen Beiträge – Begründungspflicht – **Anspruch** auf **effektiven gerichtlichen Rechtsschutz** – Einrede der Rechtswidrigkeit

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

21.01.2025, Beschwerde Nr [74601/14](#) u.a., *Dilek Genç / Türkei*

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf faires Verfahren); rechtliche **Unmöglichkeit der Zeugenvernehmung** in Verwaltungsverfahren, wodurch der Bf die Möglichkeit genommen wurde, die alleinigen, wenn nicht gar entscheidenden, polizeilichen Beweise gegen sie anzufechten, auf deren Grundlage sie mit einer Geldstrafe belegt wurde; struktureller **Verfahrensmangel** aufgrund der Anwendung des nationalen Rechtsrahmens und der Rsp zur maßgeblichen Zeit; **Versäumnis** der nationalen Gerichte, den daraus resultierenden Nachteil zu beheben

21.01.2025, Beschwerde Nr [44547/15](#), *Kirche von Griechenland / Griechenland*

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf faires Verfahren); unverhältnismäßige **Beschränkung** des Rechts der klagenden Organisation auf Zugang zu einem Gericht; Unzulässigkeit der Anhörung der Zivilklage der klagenden Organisation über das Eigentum an bestimmten, nicht in ihrem Besitz befindlichen Grundstücken wegen Nichterfüllung der Verpflichtung, die Grundstücke in die Steuererklärung für die vorangegangenen fünf Jahre einzutragen und die darauf entfallende Grundsteuer zu entrichten; keine Anhaltspunkte dafür, dass der Staat daran gehindert war, die betreffende Steuer auf andere Weise vom Steuerpflichtigen zu erheben; kein angemessener Ausgleich zwischen dem Recht der klagenden Organisation auf Zugang zu einem Gericht und den verfolgten legitimen Zielen

21.01.2025, Beschwerde Nr [14175/16](#) u.a., *Jóhannes Baldursson und Birkir Kristinsson / Island*

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf faires Verfahren); **Verurteilung** eines leitenden Angestellten und eines Mitarbeiters einer Bank wegen Finanzstraftaten im Zusammenhang mit Transaktionen zwischen dieser Bank und einem Unternehmen; Verluste (in Bezug auf Aktien und Aktienfonds der genannten Bank und auf Aktien anderer Banken), die drei der fünf Richter des Obersten Gerichtshofs, der die Verurteilungen der Bf bestätigte, erlitten haben, und zwar nicht in einer Art und/oder einem Ausmaß, das die objektiv begründete Befürchtung aufkommen lässt, dass sie in der Sache der Bf voreingenommen waren; Versäumnis des Obersten Gerichtshofs, auf das Vorbringen des ersten Bf zur Glaubwürdigkeit der Aussage eines Hauptzeugen einzugehen; Vorbringen des ersten Bf hat einen spezifischen, sachdienlichen und wichtigen Punkt in dem gegen ihn geführten Verfahren angesprochen, der eine ausdrückliche Antwort erforderte

23.01.2025, Beschwerde Nr [20140/23](#), *Suren Antonyan / Armenien*

Keine Verletzung von Art 6 EMRK (Recht auf faires Verfahren); **Entlassung** eines Richters nach Disziplinarverfahren vor dem Obersten Justizrat („OJR“), der nach Verfassungsänderungen eingesetzt wurde; OJR erfüllte die Anforderungen eines „Gerichts“ im Sinne von Art 6 Abs 1; Art der Ernennung der nicht-richterlichen Mitglieder des OJR unter den gegebenen Umständen beeinträchtigte nicht dessen Unabhängigkeit; institutionelle und organisatorische Regelungen boten Schutzmechanismen gegen unzulässige Einflussnahme oder unkontrollierte Ermessensausübung durch die Legislative; keine Hinweise darauf, dass diese Schutzmechanismen nur theoretischer Natur waren und in der Praxis nicht funktionierten; Ernennungsprozess war leistungsorientiert und transparent

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Dr. Max Hofmann, Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Nikolaus Kuri, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Univ.-Ass. Mag. Anna Schöfecker, LL.B., Univ.-Ass. Dr. Elisabeth Poltschak, Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.